

Konferenz der Ev. Kirchenleitungen der DDR, Berlin (1)

19. Januar 1983

Information Nr. 39/83 über den Verlauf der turnusmäßigen Tagung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen (KKL) vom 7. bis 8. Januar 1983 in der Hauptstadt der DDR, Berlin

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 3337, Bl. 1–5 (7. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Verner, Bellmann, Gysi – MfS: Mittag, Leiter HA XX, Schorm (ZAIG/1), Ablage.

Anlage

Abschrift des Beschlusses der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 8. Januar 1983.

Am 7. und 8. Januar 1983 fand die 84. ordentliche Tagung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen (KKL) in Berlin als Klausurtagung statt.

Auf der Zusammenkunft wurden eine Reihe Fragen behandelt, die beachtenswert erscheinen.

Die KKL fasste den Beschluss, die »Friedensdekade 1983« in der Zeit vom 6. bis 16. November 1983 durchzuführen. Eine Vorlage über Inhalt und Symbole der »Friedensdekade«¹ soll für die im März 1983 stattfindende Tagung der KKL erarbeitet werden.

Bischof *Hempel*²/Dresden, der Sekretär des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, *Demke*³ und das Mitglied der KKL *Domke*⁴/Potsdam, wurden beauftragt, gemeinsam mit noch zu benennenden Personen aus der evangelischen Jugendarbeit dazu die erforderlichen Vorstellungen zu erarbeiten und der KKL vorzulegen.

In Vorbereitung auf das Gespräch, das am 10. Januar 1983 beim Staatssekretär für Kirchenfragen der DDR mit dem Vorstand der KKL zu Problemen des Wehrdienstgesetzes⁵ stattfand, wurde festgelegt, dass Bischof *Hempel*/Dresden und Bischof *Gienke*⁶/Greifswald eingangs darauf hinweisen sollten, dass die in letzter Zeit durchgeführten Prozesse gegen Bausoldaten⁷ und Wehrdienstverweigerer, insbesondere aber die ausgesprochenen Urteile, große Unruhe innerhalb der evangelischen Kirche erzeugt hätten.

(In diesem Zusammenhang wurde darüber beraten, über welche »Beispiele« Gen. *Gysi*⁸ »informiert« werden sollte, in denen zu hohe Urteile ausgesprochen worden seien.)⁹

Die KKL stimmte einem schriftlichen Bericht zum Sachgespräch über die »sozialistische Lebensweise«, das am 9. Dezember 1982 beim Gen. *Gysi* stattfand, zu. Besonders von den Bischöfen *Hempel*, *Gienke* und Konsistorialpräsident *Stolpe*¹⁰ wurde die Nützlichkeit solcher Gespräche hervorgehoben.

Über die von der KKL dazu gebildete Meinung wurde ein schriftlicher Beschluss formuliert.

(Der Wortlaut dieses Beschlusses wird als Anlage beigelegt.)

Es erfolgte weiter eine Beratung darüber, ob dem Bau eines kirchlichen Krankenhauses in der Hauptstadt der DDR, Berlin, zugestimmt und dafür der Regierung der DDR 100 Millionen Valutamark zur Verfügung gestellt werden sollten.

In der längeren Debatte konnte keine Einigung erzielt werden. Es gab Meinungen gegen den Standort des kirchlichen Krankenhauses, da Berlin »ohnehin« durch die Regierung der DDR »ständig bevorzugt« würde. Die Kirche solle diesen Standpunkt nicht teilen. Andererseits gab es Auffassungen, das kirchliche »Herzberg-Krankenhaus« in Berlin-Lichtenberg völlig zu rekonstruieren und auszubauen. Die Debatte darüber wurde vertagt und der Leiter des Diakonischen Werkes, Dr. *Petzold*,¹¹ beauftragt, der KKL im März 1983 eine Vorlage zur Entscheidung vorzulegen.

Bischof *Rathke*¹²/Schwerin gab einen Bericht über die Situation in den lutherischen Gemeinden in der UdSSR.

(Bischof *Rathke* hatte im Oktober 1982 im Auftrage des »Lutherischen Weltbundes«¹³ Kirchen in der Sowjetunion/Sowjetrepublik Kasachstan einen Besuch abgestattet.)

Rathke schätzte ein, dass die lutherischen Gemeinden in der UdSSR stärkere Unterstützung sowohl durch den »Lutherischen Weltbund«/Genf als auch durch die lutherischen Kirchen in der DDR erhalten müssten.

Der Einschätzung von Bischof *Rathke* zufolge sei die Russisch-Orthodoxe Kirche in der UdSSR staatlich »absolut abhängig« und würde diesen abhängigen Einfluss auf die lutherischen Gemeinden in der UdSSR übertragen. Bischof *Rathke* orientierte darauf, dem entgegenzuwirken und den lutherischen-Gemeinden in der UdSSR dahingehend Unterstützung zu geben, sich »unabhängiger« entwickeln zu können.

Die KKL legte fest, die Arbeit zur Auswertung der Weltkonferenz religiöser Friedenskräfte (Mai 1982 in Moskau) weiterzuführen. ¹⁴ An möglichen Fortsetzungskonferenzen wolle sich der Bund der Evangelischen Kirchen (BEK) in der DDR beteiligen. Dafür verantwortlich gemacht wurden die Bischöfe *Krusche*¹⁵/Magdeburg und *Rathke*/Schwerin.

Die KKL beriet über Gespräche, welche mit dem Vorstand der evangelisch-methodistischen Kirche stattgefunden hatten. Diese Gespräche sollen theologisch fortgesetzt werden, ohne dass eine zunächst vorgesehene Vereinigung realisiert wird. Die Mehrheit der KKL sprach sich gegen einen Zusammenschluss mit der evangelisch-methodistischen Kirche aus.

Außerdem traf die KKL personelle und terminliche Festlegungen. So wurde Oberkonsistorialrat Gerhard *Linn*¹⁶/Berlin für das vom Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK)¹⁷ offiziell ausgeschriebene Amt des Direktors der Kommission für Evangelisation und Weltmission nominiert.

Weiterhin nahm die KKL zustimmend zur Kenntnis, dass folgende durch die evangelischen Kirchen in der DDR vorgeschlagene drei DDR-Bürger vom ÖRK als Stewards für die Vollversammlung des ÖRK in Vancouver 1983¹⁸ bestätigt wurden:

- *Gille*, Barbara,¹⁹ Lehrerin, Evangelische Kirche der Kirchenprovinz Sachsen
- Dr. *Worratz*, Christine,²⁰ Ärztin, Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsen
- *Opitz*, Ernst,²¹ Tischler, Evangelische Kirche des Görlitzer Kirchengebietes

Den Mitgliedern der KKL wurde während der Tagung zu deren Information eine Reihe mit dem »kirchlichen Friedensengagement« im Zusammenhang stehende Materialien ausgehändigt.

Darunter:

- Bericht über die 2. UNO-Sondersitzung für Abrüstung²² von Dr. Friedrich *Huth*²³/Berlin;
- Erklärung des Reformierten Bundes »Das Bekenntnis zu Jesus Christus und die Friedensverantwortung der Kirchen« sowie das diesbezüglich Kommuniqué der EKD,²⁴
- Protokoll zum staatlicherseits geführten Gespräch mit der KKL zum Thema »Sozialistische Lebensweise« am 9.12.1982.²⁵

Die 85. ordentliche Tagung der KKL ist für den 11./12. März 1983 geplant.

(Die Materialien der KKL-Tagung liegen dem MfS im Original vor und können bei Bedarf angefordert werden.)

Die Information ist wegen Quellegefährdung nur zur persönlichen Kenntnisnahme bestimmt.

Anlage zur Information Nr. 39/83

[Beschluss der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 8. Januar 1983]

Nicht zur Veröffentlichung bestimmt.

Auswertung des Sachgesprächs vom 9.12.1982

Die KKL hat auf ihrer 84. Tagung am 8.1.1983 eine erste Auswertung des Sachgesprächs zum Thema »Sozialistische Lebensweise« vom 9.12.1982 vorgenommen.

Sie hält dieses Gespräch für sinnvoll. Seitens der staatlichen Gesprächspartner war das Bemühen spürbar, bestehende Verkrustungen aufzubrechen. Den kirchlichen Vertretern war es möglich, brennende Fragen im Bereich der Volksbildung, die das Verhältnis zwischen Staat und Kirche belasten, anzusprechen. Es bot Gelegenheit, bis ins Detail gehende Nöte von Menschen in unserer Gesellschaft mit aller Deutlichkeit dazulegen. Die KKL nahm in ihrem Auswertungsgespräch besonders die von den Bischöfen Dr. Hempel und Leich ²⁶ in ihren Eingangsbeiträgen vorgetragenen Beobachtungen, Beschwerden und Bitten auf.

- Beschwerde bleibt, dass glaubensmäßige Bindung, Erkenntnis und Motivation als Anzeichen eines Erkenntnisrückstandes gewertet werden
- Dass dort, wo Menschen eine solche Bindung, Erkenntnis und Motivation neu eingehen, das als entwicklungshemmend bewertet wird. Es ihm keine vorwärtsweisende konstruktive Bedeutung eingeräumt.
- Offensiv fehlen für die Schulwirklichkeit hinsichtlich klare zentrale Orientierungen, die Politik des Staates in Kirchenfragen im Bildungsber mit zu vollziehen und zu verwirklichen.
- Mehr als bisher sollte die innere Haltung christlicher Kinder, Jugendlicher und Erwachsener geachtet – nicht nur geduldet werden.
- Bei der Vermittlung der Weltanschauung des Marxismus-Leninismus sollten direkte und indirekte Gewissensbedrückungen unterbleiben.
- Bereitschaft kirchlich gebundener Kinder und Jugendlicher sowie christlicher Eltern an der Mitwirkung bei der Gestaltung schulischer Proz sollte als echter Beitrag gewertet und ihm entsprechende Möglichkeiten eingeräumt werden.

Die KKL hält dankbar fest, dass der Staatssekretär zum Abschluss des Gespräches seine Hilfe bei der Lösung der dargelegten Probleme in Aussicht gestellt hat.

Die KKL stellt mit Bedauern fest, dass an diesem Sachgespräch trotz Bitten der Kirche wiederum kein Vertreter der Volksbildung teilgenommen hat.

Das Prinzip der Trennung von Staat und Kirche erfordert, das Gespräch gerade in Bereichen zu suchen, in denen Gegensätze bestehen und der einzelne Christ vor Ort das Verhältnis von Staat und Kirche als nicht gut erfährt.

Dieses Gespräch, das sowohl Enttäuschungen als auch Ermutigungen enthielt, muss nach Auffassung der KKL fortgesetzt werden. Dabei hält es die Konferenz für dringend geboten, dass bei solchen auch Vertreter aus dem Bereich der Ausbildungsstätten beteiligt sind. Die im Evangelium begründete Sorge um Menschen und der von der Bundessynode gegebene Auftrag bestärken die KKL in ihrer Entschlossenheit, die Verwirklichung der vom Staatssekretär in Aussicht gestellten Hilfe dringend zu erbitten und dabei auf konkrete Ergebnisse zu drängen. Die KKL erinnert daran, dass der Vorsitzende des Staatsrates in der Begegnung am 6.3.1978²⁷ Gleichachtung und Gleichberechtigung für alle, besonders auch für junge Menschen, als Grundsatz der Verfassung ausdrücklich festgestellt hat.

Berlin, den 8. Januar 1982 | Der Vorsitzende der Konferenz | gez. Dr. Hempel | Landesbischof

1

Seit 1980 organisierte der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) am Ende des Kirchenjahres ein zehntägiges Programm mit Gedenkveranstaltungen, Diskussionsrunden, Workshops und Gottesdiensten rund um das Thema Frieden und Abrüstung. Die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Jugend und die Kommission für Kirchliche Jugendarbeit des BEK in der DDR erarbeitete dafür eine Mappe mit Texten und Themen, die vom Sekretariat des BEK herausgegeben wurde. Als Lesezeichen für die Unterlagen wurde ein Emblem mit der Figur des sowjetischen Mahnmals vor dem UN-Hauptquartier in New York mit dem Titel »Schwerter zu Pflugscharen« verwendet. Auf Anregung des sächsischen Landesjugendpfarrers Harald Bretschneider wurde dieses Symbol auf der Friedensdekade 1981 als Aufnäher verbreitet. Da sich dieser Aufnäher in der Folgezeit schnell zu einem Protestzeichen innerhalb der unabhängigen Friedensgruppen entwickelte, drängte die DDR-Regierung den Kirchenbund dazu, im Jahr 1982 auf eine weitere Ausgabe des bedruckten Vliesstoffes zu verzichten. Der BEK beugte sich diesem Druck auf der Bundessynode im September 1982. Das Emblem und die Losung »Schwerter zu Pflugscharen« sollten aber weiterhin als Symbol der Friedensdekade verwendet werden. Siehe weiterführend Silomon, Anke: Schwerter zu Pflugscharen und die DDR. Die Friedensarbeit der evangelischen Kirchen in der DDR im Rahmen der Friedensdekaden 1980–1982. Göttingen 1999.

2

Johannes Hempel, Jg. 1929, evangelischer Theologe, 1972–94 Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens, 1981–86 Leitender Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in der DDR, 1982–86 Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen.

3

Christoph Demke, Jg. 1935, evangelischer Theologe, 1981–83 Leiter des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, 1980–83 Sekretär des kirchlichen Lutherkomitees, 1983–97 Bischof der Kirchenprovinz Sachsen.

4

Helmut Domke, Jg. 1943, Physiker, 1976–90 Mitglied der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, 1977–90 synodales Mitglied der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, 1982 Habilitation an der Akademie der Wissenschaften, ab Mai 1990 Staatssekretär im Auswärtigen Amt der Regierung de Maizière.

5

Die Gruppe »Frauen für den Frieden« ging im Oktober 1982 aus dem Protest gegen das neue Wehrdienstgesetz vom 25.3.1982 hervor. In einem Protestschreiben an Erich Honecker vom 12.10.1982 wandten sich über 150 Frauen gegen ihre Einbeziehung in den Wehrdienst im Verteidigungsfall, die Verlängerung der Reservistenübung und die Einführung einer vormilitärischen Ausbildung an Schulen und Universitäten. Mit zahlreichen Aktionen befasste sich die Gruppe um Bärbel Bohley, Katja Havemann, Almut Ilsen, Irena Kukutz, Ulrike Poppe, Bettina Rathenow und Karin Teichert in der Folgezeit mit den Themen Gerechtigkeit, Abrüstung, Friedenserziehung, friedliche Konfliktbeilegung und die Ächtung von Gewalt in der Ehe und bildete damit einen hoch engagierten Teil der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR. Vgl. Ilsen, Almut; Leiserowitz, Ruth (Hg.): Seid doch laut! Die Frauen für den Frieden in Ost-Berlin. Berlin 2019.

6

Horst Gienke, Jg. 1930, evangelischer Theologe, 1969–89 Mitglied der Synode des BEK und der Konferenz der Kirchenleitungen, 1972–89 Bischof der Evangelischen Landeskirche Greifswalds, 1973–76 Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche der Union in der DDR, 1982 Leiter der Delegation des Kirchenbundes zur Weltkonferenz »Religiöser Vertreter für die Rettung der heiligen Gabe des Lebens vor einer nuklearen Katastrophe« in Moskau.

7

In der DDR gab es keine Möglichkeit den Wehrdienst zu verweigern bzw. zivilen Ersatzdienst zu leisten. Seit der Verabschiedung des Wehrdienstgesetzes vom 24.1.1962 (GBl. I 1962, S. 2–4) bestand in der DDR eine 18-monatige Wehrpflicht. Durch eine Anordnung des Nationalen Verteidigungsrates wurde am 7.9.1964 (GBl. I 1964, S. 129 f.) ein waffenloser Ersatzdienst in Bausoldateneinheiten eingeführt, in dem Wehrpflichtige, die den Dienst an der Waffe aus Gewissensgründen verweigerten, ihre Wehrpflicht ableisten mussten. Vgl. Eisenfeld, Bernd; Schicketanz, Peter: Bausoldaten in der DDR. Die »Zusammenführung feindlich-negativer Kräfte« in der NVA. Berlin 2011.

8

Klaus Gysi, Jg. 1912, SED-Funktionär, 1957–66 Leiter des Aufbau-Verlags, 1966–73 Minister für Kultur, anschließend Botschafter in Italien, im Vatikan und in Malta, 1979–88 Staatssekretär für Kirchenfragen.

9

Als Folge der Bewegung »Schwerter zu Pflugscharen« im Rahmen der Friedensdekaden und der Aktion »Sozialer Friedensdienst« des Dresdner Pfarrers Christoph Wonneberger stiegen die Zahlen der Wehrdienstverweigerer ab 1980 sprunghaft an. Unter den Verweigerern waren besonders viele Ausreiseantragsteller. Vor DDR-Gerichten wurden jedes Jahr im Schnitt 150 Totalverweigerer verurteilt. Die Freiheitsstrafen lagen zwischen 18 und 22 Monaten. Erst im Jahr 1985 wurden auf Anweisung des Verteidigungsministeriums die Inhaftierung und Verurteilung von Totalverweigerung beendet. Vgl. Eintrag »Wehrdienstverweigerung«. Hg. v. d. Bundeszentrale für politische Bildung und Robert-Havemann-Gesellschaft e.V., letzte Änderung Dezember 2019, <http://www.jugendopposition.de/145369> (letzter Abruf: 31.8.2020).

10

Manfred Stolpe, Jg. 1936, Kirchenjurist, 1969–81 Oberkonsistorialrat und Leiter des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, 1982–90 Konsistorialpräsident der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, 1990–2002 Ministerpräsident des Landes Brandenburg.

11

Ernst Petzold, Jg. 1930, evangelischer Theologe, 1976–90 Direktor des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirchen in der DDR.

12

Heinrich Rathke, Jg. 1928, evangelischer Theologe, 1971–84 Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs, 1977–81 Leitender Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in der DDR, seit Anfang der 1980er-Jahre in der Friedens- und Menschenrechtsarbeit engagiert.

13

Der 1947 im schwedischen Lund gegründete Lutherische Weltbund mit Sitz in Genf vereint 145 evangelische Kirchen in 99 Ländern. Der Bund engagiert sich in der Not- und Katastrophenhilfe und fördert interreligiöse Beziehungen. Im Jahr 1983 hatte der Tansanier Josiah M. Kibira das Amt des Generalsekretärs inne.

14

Auf der interreligiösen Weltkonferenz »Religiöse Würdenträger für die Rettung der heiligen Gabe des Lebens vor einer Nuklearkatastrophe« kamen vom 10. bis 14.5.1982 in Moskau 590 Religionsvertreter aus über 90 Ländern zusammen. Unter der Leitung von Horst Gienke war der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR mit vier Delegierten vertreten. Das Ergebnis der Zusammenkunft waren Appelle an religiöse Führer und an die zweite Sondersitzung der UN-Generalversammlung für Abrüstung, den Bau und Einsatz von Nuklearwaffen zu ächten und das weltweite Atomarsenal zu reduzieren. Am Ende beschloss die Konferenz, sich zu einer dauerhaften Institution mit jährlichen Treffen weiterzuentwickeln. Vgl. Weltkongreß religiöser Vertreter in Moskau vom 10. bis 14.5.1982. Gemeinsames Ringen. In: Neue Zeit v. 15.5.1982, S. 7. Die Dokumente der Konferenz sind publiziert in: World Conference of Religious Workers for Saving the Sacred Gift of Life from Nuclear Catastrophe, Moscow, May 10–14, 1982, Moscow Patriarchate 1983.

15

Werner Krusche, Jg. 1917, evangelischer Theologe, 1968–83 Bischof der Evangelischen Kirche in der Kirchenprovinz Sachsen, 1981–83 Vorsitzender des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR.

16

Gerhard Linn, Jg. 1935, evangelischer Theologe, 1966–78 Leiter des Missionarischen Dienstes der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, anschließend wissenschaftlicher Mitarbeiter der Theologischen Studienabteilung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK), pflegte für den BEK Beziehungen zur Konferenz der Europäischen Kirchen und zum Ökumenischen Rat der Kirchen.

17

Der 1948 im Amsterdam gegründete Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK, auch: Weltkirchenrat oder World Council of Churches) ist ein weltweiter Zusammenschluss von über 350 protestantischen und orthodoxen Kirchen, Konventionen oder Vereinigungen von Kirchen mit Sitz in Genf. Der ÖRK gilt als zentrales Organ der ökumenischen Bewegung. Siehe dazu Richter, Hedwig: Der Protestantismus und das linksrevolutionäre Pathos. Der Ökumenische Rat der Kirchen in Genf im Ost-West-Konflikt in den 1960er und 1970er Jahren. In: Geschichte und Gesellschaft 36(2010), S. 408–436.

18

Die 6. Vollversammlung des »Ökumenischen Rates der Kirchen« fand vom 24.7. bis 10.8.1983 in Vancouver statt. Unter dem Thema »Jesus Christus, das Leben der Welt« verständigten sich Delegationen von 301 Mitgliedskirchen. Aus dem Vorschlag der Vertreter aus der DDR, ein gesamtchristliches Friedenskonzil einzuberufen, entwickelte sich der »Konziliare Prozess« für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung.

19

Barbara Gille, weitere Angaben zur Person konnten nicht ermittelt werden.

20

Christine Worratz, weitere Angaben zur Person konnten nicht ermittelt werden.

21

Ernst Opitz, Jg. 1957, seit September 1982 in der Diakonieausbildung, ehrenamtliche Mitarbeit in der evangelischen Jugendarbeit im Görlitzer Kirchengebiet, Mitglied im Landesjugendkonvent und Jugenddelegierter der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen.

22

In den Jahren 1978, 1982 und 1988 fanden jeweils Sondertagungen der UN-Generalversammlung zu den Themen Abrüstung, Rüstungskontrolle und internationale Sicherheit statt. Ziel der Abrüstungskampagne war die Förderung von internationalen Bestrebungen von Staaten und Nichtregierungsorganisationen, Waffenarsenale zu reduzieren und Rüstungskontrollmechanismen zu implementieren. Die zweite Sondertagung vom 7.6. bis 10.7.1982 brachte zwar keine verbindliche Übereinkunft, dafür beschlossen die Teilnehmer, einen Weltabrüstungsfonds einzurichten und ein Informationsprogramm für die Unterrichtung von Regierungsvertretern, Bildungseinrichtungen und Nichtregierungsorganisationen aufzulegen. Die Finanzierung beider Projekte sollte auf freiwillige Beiträge der Mitgliedsstaaten beruhen. Vgl. Baum, Friedrich: Die 2. UN-Sondertagung zu Fragen der Abrüstung. In: Deutsche Außenpolitik, Bd. 27, Jg. 1982, Nr. 11, S. 65 ff.

23

Friedrich (»Freddy«) Huth, Jg. 1939, Physiker, Mitglied der Religiösen Gesellschaft der Freunde (Quäker), seit 1968 Mitglied der Gruppe »Abrüstung« des DDR-Kirchenbundes, 1988/89 Teilnahme an der Arbeitsgruppe »Frieden und Abrüstung« der Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, 1989 Mitglied des Demokratischen Aufbruchs, April bis Oktober 1990 Mitglied eines Beraterstabes im Ministerium für Abrüstung und Verteidigung unter Rainer Eppelmann, anschließend Mitarbeiter im Referat für Konversion des Brandenburger Wirtschaftsministeriums.

24

Vgl. Kraus, Hans-Joachim (Hg.): Das Bekenntnis zu Jesus Christus und die Friedensverantwortung der Kirchen. Eine Erklärung des Moderaments des Reformierten Bundes. Gütersloh 1982. Vgl. Communiqué des Rates der EKD v. 16./17.9.1982, auszugsweise abgedruckt in: KJ 1981/82, 108./109. Jg., S. 106.

25

Das Protokoll über das Sachgespräch zur »Sozialistischen Lebensweise« am 9.12.1982 zwischen dem Staatssekretär für Kirchenfragen und der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen befindet sich im Evangelischen Zentralarchiv, Akte Nr. 101/351.

26

Werner Leich, Jg. 1927, evangelischer Theologe, 1978–92 Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche Thüringen, 1980–83 Vorsitzender des kirchlichen Lutherkomitees zum Lutherjahr 1983, 1986–90 Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR.

27

Gemeint ist das Treffen des Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker mit der evangelischen Kirchenleitung am 6.3.1978. Neben Delegationsleiter Albrecht Schönherr nahmen Manfred Stolpe, Christina Schultheiss und Werner Krusche teil. Das Gespräch verdeutlichte die Einsicht in die fortdauernde Existenz von sozialistischer Staatsordnung und christlichem Gemeindeleben in der DDR. Am Ende stand ein Stillhalteabkommen: Die Kirche verzichtete auf politische Konfrontationen und behielt dafür ihre institutionelle Eigenständigkeit bei. Honecker gestattete überdies innerkirchliche Druckerzeugnisse und Organisationsfreiheit, christliche Gefängnisseelsorge, staatliche Zuschüsse für evangelische Kindergärten und einen begrenzten Auftritt kirchlicher Vertreter in Rundfunk und Fernsehen. Vgl. Besier, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirche 1969–1990. Berlin, Frankfurt/M. 1995, S. 243–246.